

Laibacher Zeitung.

Nr. 241.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50

Samstag, 19. Oktober

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl., sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Anfertigungshempel jedesm. 30 kr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. Oktober l. J. den Director des Staats-Realgymnasiums in Freudenthal Ludwig Schmued zum Director des Staatsgymnasiums in Klagenfurt allergnädigst zu ernennen geruht.

Stremayr m. p.

Der Justizminister hat die bei dem Landesgerichte in Triest erledigte Rathsstelle dem Bezirksrichter in Beglia Anton Indoff verliehen.

Der Justizminister hat den grazer Landesgerichts-Adjuncten Dr. Emil Freiherrn v. Hippersthal zum Staatsanwalts-Substituten in Graz ernannt.

Der Justizminister hat den Bezirksrichter in Vaternion Karl Ritter v. Plappart über sein Ansuchen in gleicher Eigenschaft nach St. Gallen übersetzt.

Am 17. Oktober 1872 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das 11. Stück des Reichsgezeblattes — vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe — ausgegeben und versendet. Dasselbe enthält unter
Nr. 142 die Concessionsurkunde vom 4. September 1872 für eine Locomotiv-Eisenbahn von Brüx an die böhmisch-sächsische Grenze bei Mulde;
Nr. 143 die Concessionsurkunde vom 14. September 1872 für die Locomotiv-Eisenbahn Bozen-Meran.
(Wr. Zig. Nr. 239 vom 17. Oktober.)

Nichtamtlicher Theil.

Das Wahlreform-Gesetz

Soll in der bevorstehenden Session des österreichischen Reichsrathes zur Vorlage kommen. Die Presse beschäftigt sich bereits in eingehender Weise mit der Wahlreform-Frage. Einige Journale beeilen sich bereits der Regierung Rathschläge zu ertheilen. So schreibt der „Volksfreund“: „Die Frage der Wahlreform ist eine sehr heikle und nur mit aller Vorsicht zu behandeln; die verschiedensten Interessen und Ansprüche kreuzen sich in derselben. Für die Regierung muß es sich darum handeln, den Reichsrath von dem Belieben der Landtage zu emancipieren, dabei aber das conservative Element im Abgeordnetenhaus eher zu stärken als zu schwächen. Für die Liberalen soll die Wahlreform hinwieder ein Mittel sein, erhöhte Macht, wo möglich Alleinherrschaft zu erringen. Entscheidend ist die Stellung, welche die Reform der Gruppe der Großgrundbesitzer zuweist. Die Regierung legt mit Recht großen Werth auf die Gruppe, welche ihr erst jüngst noch in Pest so große Dienste geleistet hat. Ohne Zweifel wird auch die Regierungs-

vorlage auf den Großgrundbesitz jede mögliche Rücksicht nehmen, was sich freilich auch schon aus der Rücksicht empfiehlt, um den Entwurf selbst in beiden Häusern des Reichsrathes auch wirklich durchzubringen. Wir gehören nicht zu jenen, welche die Wahlreform mit dem Grundgedanken directer Verlehen für den Reichsrath unbedingt verwerfen. Wir verkennen nicht die Nothwendigkeit, in welcher sich die Regierung befinden kann, ihre Action und die Reichsgesetzgebung von den siebzehn Landtagen unabhängig zu stellen, und verkennen nicht die Vortheile, welche der Reichseinheit aus den directen Wahlen erwachsen können. Wie wir aber der Wahlreform in diesem Sinne, entgegen anderen katholischen Organen, zustimmen, so energisch müßten wir uns gegen sie aussprechen, wenn sie dazu dienen sollte, die künstliche Herrschaft der liberalen kirchenfeindlichen Minorität über die immense conservative katholische Majorität zu fördern und zu befestigen.“

Die Dankfrage.

Die definitive Regelung des Verhältnisses der Nationalbank zu den Ländern der ungarischen Krone und die daran sich knüpfenden politischen und finanziellen Fragen sind in den jüngsten Tagen wieder mehr in den Vordergrund der publicistischen Erörterung getreten. Sowohl in der diesseitigen als auch in der ungarischen Presse machen sich die Symptome ernstlichen Bestrebens bemerkbar, die obige Frage einer beide Theile befriedigenden Entscheidung zuzuführen, einer Lösung, welche dem hohen Interesse der Gesamtmonarchie an einem einheitlichen Geldwesen und in gleicher Weise den wirtschaftlichen Exigenzen der einzelnen Factoren gerecht wurde. Die „Neue freie Presse“, indem sie den Modus der obigen Frage bespricht, weist insbesondere auch auf das hohe conservative Interesse hin, welches sowohl die Verfassungspartei der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder als auch jene der Länder der ungarischen Krone an einer Lösung der obigen Frage habe, welche die durch die dualistische Staatsform geschaffenen gemeinsamen Institutionen nicht lockern, sondern vielmehr mit einer neuen Bürgschaft ihrer Dauer versehen würde. Indem man — schließt das genannte Blatt — für die Aufrechterhaltung des einheitlichen Geldwesens mit voller Rücksichtnahme auf die besonderen Ansprüche der beiden Theile der Monarchie eintrete, stehen man zugleich ein für die gemeinsame Schöpfung des Jahres 1867.

In einem Artikel über die Dankfrage meint „Maascher Politika“, es müsse nun jedermann einsehen, wie schädlich es sei, die öffentliche Meinung Ungarns sich in die Idee einer unabhängigen Bank verrennen zu lassen. Diese Idee könne ohne Schädigung des Ausgleiches gar nicht realisiert werden, das habe der österreichische Finanzminister de Pretis klar bewiesen.

Der „P. Lloyd“ bemerkt zur Dankfrage: „Man beschloß keinesfalls eine Lösung anzunehmen, welche eine Werthverschiedenheit der Geldzeichen in beiden Monarchiehälften zur Folge hätte. Dies bedinge die Einheit der die Zettel emittirenden Firma, schließe aber nicht aus, daß diese Firma eine österreichische und eine ungarische Anstalt etabliere, daß die Actionäre selbst eine ständige ungarische Direction wählen, daß die ungarische Regierung die Zahl und den Ort der ungarischen Filialen bestimme und für letztere die Gesamtdotation nach dem Quotenverhältnisse 32 zu 68 festgestellt werde, deren Vertheilung unter die Filialen eine interne ungarische Angelegenheit sei.“

Dann würden die modificirten Bankstatuten der ungarischen Legislative zur Ratification vorgelegt werden können. Bis zum Definitivum solle die Nationalbank der ungarischen Regierung bis zur Grenze des Quotenverhältnisses die erforderlichen Summen für die ungarischen Filialen zur Verfügung stellen. Die österreichischen Minister versprochen die ungarische Forderung bei der Nationalbank nachdrücklich zu befürworten.“

Der Landesausschuß in Böhmen

bereitet das Landesbudget pro 1873 vor, auch beschäftigt er sich mit den Vorlagen betreffend die Aenderung der Volksschul-Gesetze. Zwischen dem Landesausschuß und dem Landesauschusse finden in Bezug auf die Regulierung der Beitragsquote, welche aus dem Landesfonds an die Schulbezirke geleistet wird, Verhandlungen statt. Danach leuchtet das Bestreben hervor, die Zuschläge auf die directen Steuern, soweit diese unmittelbar den Schulbezirken zufallen, thunlichst zu verringern, so daß der § 56 des Schulerrichtungs-Gesetzes eine wesentliche Modification erfahren wird. Im Schoße des Landes-Schulrathes selbst finden gleichzeitig Beratungen über den die Orts- und Bezirks-Schulaufsicht betreffenden Gesetzentwurf statt. Die „Deutsche Zeitung“ bemerkt zu dem bevorstehenden Berichte: „In nationaler Richtung verdient folgende Neuerung als von besonderer Tragweite für den Volkunterricht hervorgehoben zu werden. Es wird nämlich beantragt, die Schulbezirke nach der Unterrichtssprache der Schulen zu bilden, so daß fortan ollen Vertriehen, deutsche Gemeinden, welche von czechischen Ortschaften umschlossen sind, zu entnationalisiren, ein fester Regel vorgeschoben wird. Unter dem Einflusse einer freien deutschen Volksbildung werden mit der Zeit auch die Uakenrufe jener czechischen Pechrer wirkungslos verhallen, welche aus den Seminarien dreier nationaler Bischöfe alljährlich nach Deutsch-Böhmen verpflanzt werden, um daselbst czechische Zufälligkeit und die Fundamentalarartikel-Politik zu predigen.“

Seuffelton.

In eiserner Faust.

Ein Roman aus der neuesten Zeit
von J. Steinmann.

XIII. Kapitel.

Ver schwunden.

(Fortsetzung.)

Auch Herr von Sejour war froh, wieder an Ort und Stelle zu sein. Schon das Benehmen seiner Gemahlin während der wenigen Tage ihrer Hochzeitsreise hatte ihm deutlich gezeigt, welche Früchte seine Speculationsheirat tragen würde.

Zu leichtlebzig, zu sehr Genüßmensch und lachender Philosoph, war er mit seinem Plan der weiteren Lebens-einrichtung rasch fertig. Vor der Welt war er der zärtliche Ehemann, zu einer andern Zeit wollte er das Leben womöglich noch ungenierter als in seinem Junggesellenstande genießen.

Einer seiner ersten Wege war zum Beamten Korn, er wollte zweierlei wissen: wie weit der Beamte mit der moralischen Vernichtung von Georgs Braut vorge-schritten sei, und zweitens, ob es ihm nicht möglich sei, ihm die kleine, blizgängige Freundin, die er einmal im Hause Dolomie gesehen, als sie seiner Braut einen Blumenstrauß brachte, wiederzusehen.

Der Beamte lächelte wohlgefällig.

„Die kleine braune Heze habe ich sicher geseht,“ antwortete er mit einem chaischen Lächeln, „sie wohnt bei einer guten Freundin von mir, die sich ihrer mütterlich annimmt. Wenden sie sich nur dann an die Madame Neumann, in dem großen Hause vor dem Wasserthore, das sie aus Erfahrung gewiß kennen.“

„Ich hätte sie lieber andernwärts gewußt, die Neumann verdirbt ihre Pflegebefohlenen zu früh.“

Der Beamte lachte wieder.

„Meiner Seel“, sind Sie wählerisch geworden. Erst war die Kleine ganz unbändig und wollte mit dem Kopf durch die Wand, aber seit Pastor Schröder ihr eine gediegene Moralpredigt gehalten hat, ist sie saustmüthig geworden.“

Ein rohes Gelächter über seine eigene Schlaueit endigte diese Auseinandersetzung.

„Und die andere?“ fragte Herr von Sejour. „Wie steht es mit der?“

„Sie ist unser,“ erwiderte der Beamte, triumphierend und siegesbewußt. „Die Freundin ist fort, sie steht allein. Die Mutter muß sich fügen, muß, sage ich Ihnen.“

„Gut,“ sagte Herr von Sejour. „Ich zahle weit über den bedungenen Preis, wenn sie mein wird.“

„Sie haben nur zu bestimmen, wann und wie.“

„Darüber können wir weiter reden, wenn ich nur erst die Gewißheit habe, daß dem beabsichtigten Plane nichts im Wege steht, daß kein Hinderniß dazwischen treten kann.“

„Bah,“ machte der Beamte höhnisch. „Glauben Sie denn, wenn ich sage, es geht, daß die Sache dann nicht ginge. Nein, mein Herr, da sind Sie auf einem gewaltigen Holzwege, denn noch habe ich alles durch-geseht, was ich durchsetzen wollte.“

Herr von Sejour verabschiedete sich, um einen Club seiner Freunde zu besuchen. Der hier herrschende Ton, die mehr als anstößigen Scherze selbst über seine kurz stattgehabte Verheirathung, das Behagen, mit dem die sogenannte jeunesse dorée ohne Wig in dem tiefsten Schlamm der Verworfenheit wühlte, frischten ihn auf und ließen ihn vergessen, daß er an ein Wesen gekettet war, das ihn nicht liebte.

Während das Wetter über dem Haupte der unschuldigen Antonie höher und höher stieg, arbeitete Georg, unbekannt mit allen Vorgängen, rastlos an der Verwirklichung seiner Idee, ein tüchtiger Künstler zu werden.

Die besten Aussichten waren nicht allein vorhanden, sondern es begannen sich seine Wünsche fast gegen alle Erwartung zu realisiren.

Das so lange nur im geheimen gepflegte Talent — denn Georg war seiner Liebe zur Kunst nie untreu geworden — entfaltete sich unter der Pflge tüchtiger und ermunternder Lehrer in raschen Zügen.

Gleich das erste Bild, welches er malte, fand Beifall und wurde gekauft, und so von Anfang an er-muthigt, verlor er die Zaghaftigkeit, welche dem Anfänger ein Hemmschuh des genialen Schaffens ist.

Des Prinzen Napoleon

Ausweisung aus Frankreich wird von der englischen Presse als ein Act der Illegalität bezeichnet, von französischen Journalisten aber zustimmend beurtheilt. Der „Bien public“ widmet dem Ausweisungssacte einen längeren Artikel, dem wir nachfolgende Stellen entnehmen: „Die französische Regierung hat die Verantwortlichkeit für die Ausweisung des Prinzen übernommen und wird sich vor der Nationalversammlung zu verantworten wissen. Die Sicherheit, die Ruhe, die wir nothwendiger haben denn je, forderten es und die unerwartete Rückkehr des Prinzen hatte den Charakter einer Herausforderung, die man nicht dulden konnte. . . Die Frau Prinzessin Stotilde hat sofort die Ermächtigung erhalten, in Frankreich zu wohnen. Sie spielt keine politische Rolle. Die Regierung hat nicht zu bedauern, was sie gethan. Der Prinz Napoleon hat im Gegentheil auf Corsica, wohin zu gehen man ihn ermächtigt hatte, die Rolle eines Auführers gespielt. Man dürfe dieses nicht vergessen. Heute kommt er ohne Ermächtigung nach Frankreich zurück; eine Regierung müßte sehr schwach sein, um zu gestatten, daß man ihr auf solche Weise troge. Was die Frau Prinzessin Stotilde anbelangt, die auf andere die von ihr eingefloßte Achtung und Sympathie nicht übertragen kann, so betreffen die gegen den Prinzen gegebenen Befehle dieselbe nicht, obgleich sie ebenfalls ohne Ermächtigung gekommen ist. Sie kann in Frankreich bleiben oder mit ihrem Manne abreisen, mit dem sie bis in die Nähe von Paris gekommen ist. Für den Prinzen Napoleon sind die Regierungsbefehle zwingend, und sie werden ausgeführt. Von der Nationalversammlung beauftragt, über die Aufrechterhaltung der Ruhe und des öffentlichen Friedens zu wachen, würde die Regierung gegen alle ihre Pflichten handeln, wenn sie vor der Kühnheit der Parteien schwach würde; dem wird aber nicht so sein, und sie wird ohne Zaudern und Schwäche gegen alle Unruhestifter handeln, wer sie auch sein und woher sie auch kommen mögen.“

Die Option in Elsaß-Lothringen

gibt den deutschen und französischen Blättern derzeit überreichen Stoff zu publicistischen Betrachtungen und Erörterungen.

Ein Theil der Presse ist auf die Haltung Deutschlands in dieser Frage nichts weniger als freundlich zu sprechen:

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt: „Die „Perseveranza“ bringt einen von falscher Sentimentalität und Bosheit zugleich strotzenden Artikel über die Auswanderung der Elsässer und Lothringer, worin sie an tendenziöser Entstellung der deutschen Politik das Unglaubliche leistet. Wir könnten derartige Rückfälle in die französische Politik ignorieren, wenn sie nicht zu Rückschlüssen auf die Zuverlässigkeit unserer angeblichen italienischen Freunde in besonderen und der ganzen italienischen Politik im allgemeinen aufforderten. Es ist in allen Wechselbeziehungen zwischen Individuen und Völkern gut, wenn man gegenseitig weiß, was einer an dem anderen hat, und so sind wir der „Perseveranza“, die immerhin als Ausdruck eines Theiles der italienischen Politiker gelten muß, für solche, wenn auch halbwegs unwillkürliche Aufschlüsse zu Dank verpflichtet. Eine Widerlegung der zahlreichen Abgeschmacktheiten und Fälschungen, welche die „Perseveranza“ vorbringt, halten wir für überflüssig. Kann zum Beispiel etwas lächer-

licher sein als die Behauptung, Deutschland habe seine beiden ihm entzogenen Provinzen nicht zurückfordern dürfen, weil es bewiesen habe, daß es ohne dieselben den Franzosen gewachsen sei? Als ob ein Mensch, der einen unvorhergesehenen Ueberfall zurückweist, während er zufällig die linke Hand in der Tasche hat, dieselbe nicht hervorzuziehen soll, um für das nächste mal desto sicherer zu sein. Ueber die Annexionierung der beiden Provinzen haben Gründe der Sicherheit des Reiches entschieden, aber diese Gründe waren getragen von der Forderung des beleidigten Ehrgefühles einer Nation, die das Wort „Ohrfeige um Ohrfeige“ an einem frechen und übermüthigen Räuber vollzogen wissen wollte, der sie im tiefsten Frieden überfallen hatte, um ihr ein Stück Landes zu entreißen. Daß Deutschland die Kraft, die „Forza“, wie die Italiener sagen, besaß, um den Sieg zu erringen und die Erfolge desselben zu sichern, dazu gratulieren wir uns und gönnen dabei den Italienern den sadenscheinigen Trost, daß sie ihr Königreich mit moralischen Mitteln, nicht mit brutaler Gewalt aufgebaut haben. Die Proben ihrer „Forza“ sind ja kläglich genug ausgefallen, und wie weit wären sie gekommen, wenn ihnen nicht zuerst Frankreich und dann Preußen und zuletzt Deutschland ihre „Forza“ geliehen hätten? Wenn die Italiener zum Entgelt jetzt auf unsere „Forza“ loschimpfen, so ist Deutschland groß genug, um das mit Achselzucken zu ertragen. Es ist immer besser, beneidet, als bedauert zu werden. Die Vorfälle in Elsaß-Lothringen können wir als unvermeidliche Folgen einer eisernen Nothwendigkeit bedauern, aber sie erfüllen uns mit Stolz über einen von der wälschen Art grundverschiedenen Zug des deutschen Wesens, dem jeder rasche Wechsel der Gesinnung fern steht, welcher die Inscenierung jener merkwürdigen Plebiscite bei Völkern der romanischen Race möglich gemacht hat und sich in der Wetterfahnen-Politik der „Perseveranza“ ausdrückt. Da dieses Blatt wieder einmal ohne Noth, ja, durchaus zur Unzeit die romanische Raceneitelkeit aufregt, so wollen wir ihm sagen, daß es gerade jene Seite des germanischen Wesens, daß es die deutsche Treue ist, auf die wir stolz sind, uns von der „wälschen“ Art zu unterscheiden. Wir danken also den Italienern bestens, wenn sie uns die napoleonische Plebiscitokomödie aufdrängen wollen, deren Folgen wir gesehen haben, und danken Gott, daß er uns die „Forza“ gegeben hat, uns unserer Haut zu wehren. Ueber die Moralität dieser Politik aber haben wir niemandem Rechenschaft zu geben, und den Italienern am allerwenigsten.“

Die „Karlsruh. Ztg.“ berichtet über die Resultate der Option in Elsaß-Lothringen: „Die genaue Ziffer derer, die optirt haben, mag die Zahl von mindestens 150 000 erreichen. Die wirkliche Abnahme der Bevölkerung jedoch, welche allein von Bedeutung ist, dürfte einer ziemlich verlässlichen Wahrscheinlichkeits-Berechnung zufolge den Percentsatz von 3—3½, alles in allem gerechnet, keinesfalls übersteigen. Das größte Mißverhältnis zwischen Schein-Optionen und jenen, die thätlich ihr Domicil nach Frankreich verlegten, dürfte auf das Ober-Elsaß fallen. Das Verhältnis der ersteren zu den letzteren soll etwa wie 12 zu 1 sein, gewiß eine barocke Erscheinung. Dagegen wird es nicht überraschen, wenn in Lothringen die Proportion zwischen Schein und Wirklichkeit sich als eine minder widerspruchsvolle herausstellen sollte. Die genauere Bezifferung der ganzen großen Angelegenheit, welche eine umfangreiche Arbeit sie auch ausmachen mag, soll doch schon binnen kurzem zu erwarten sein.“

alles daran setzte, tüchtiges zu leisten, und weil ein unerklärliches Drängen und Verlangen im Herzen ihm das Gegentheil unmöglich erscheinen ließen.

Georg liebte seinen Vater mit einer kindlichen Pietät, die sich so lange in dem Fügen in den oft ungerichten und harten Willen des Vaters äußerte, bis die letzte That, der Fluch, die Flammen der Liebe, welche von Zeit zu Zeit emporzuschlug, ganz und gar mit Asche überschüttete. Und dennoch glimmte es fort in dem Herzen Georgs, nur eines einzigen Umstandes bedurfte es, um alles zu vergessen und die kindliche Liebe wieder hervorbekuchen zu lassen. Georg ahnte nicht, daß seine eigene Schwester daran arbeitete, eine Versöhnung unmöglich zu machen. Er hoffte und glaubte.

Die Zeit flog ihm während des Studiums, aber dennoch schien sie ihm zuweilen träge, wenn er an das Ziel, an die immerwährende Vereinigung mit Antonien dachte.

Er wollte Antonien und ihre Mutter zu sich nach dem Rhein kommen lassen, um dort in der poetischsten Gegend unseres Vaterlandes die, welche er liebte, glücklich zu sehen. Auch an Eva dachte er und hoffte im stillen, daß sie die Freundin begleiten werde, wenigstens so lange, bis auch sie ihren eigenen Herd an der Seite ihres Steuermanns gegründet.

Schon sah er im Geiste sein rebenumlaubtes Dache mit der Aussicht auf den grünschimmernden Strom und die üppigen Weinberge. Das war sein Eigen, das Haus, das Weib und die ewig bleibende Liebe.

Und die Kunst würde das Leben verschönern. Konnte ihm der bloße Reichtum das bieten?

Das Advocatenwesen in Rußland

hat, wie die „Spener'sche Ztg.“ meldet, seit Einführung des neuen, öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens Inhalt und Bedeutung gewonnen. Vorher waren die Gerichte selbst verpflichtet, von sich aus die Gründe, die für die Schuld und andererseits für die Unschuld des Angeklagten sprachen, ex officio aufzusuchen. Daß ein Gericht auf diese oder jene Umstände von außen specieell aufmerksam gemacht werden könnte, nahm man gar nicht an. Eine Voreingenommenheit des Gerichts konnte zuweilen kaum wahrgenommen, viel weniger noch zurechtgestellt werden — es gab mit einem Wort kein Vertheidigungssystem im modern juristischen Sinne. Es gab daher auch keinen eigentlichen Advocatenstand in Rußland, bloß in den Ostseeprovinzen bestand ein solcher, während im übrigen Reiche das juristische Studium fast nur die Beamten-carriere involvierte. Seit Einführung des neuen Gerichtsverfahrens erst ist die Existenz des Advocatenstandes im ganzen Reiche eine Nothwendigkeit geworden. Es wurde hiebei nur bald bemerkbar, daß es zu wenig Advocaten im Reiche gibt.

Das Studium der Jurisprudenz mit der Tendenz zur Ausübung der advocatorischen Praxis nahm rasch zu an Anhängern, aber die jungen Juristen suchten hinterher lieber die gut gelegenen Hauptstädte auf, wo sie sich hervorthun konnten und viel Geld erwarben. Die Zuziehung eines guten Advocaten wurde nach und nach eine kostspielige Sache, die einen Rechtsandel nicht wenig vertheuerte. Daraus entstand für die ärmeren Leute ein großer Uebelstand. Sie fürchteten sich, einen Advocaten von Beruf, Bildung und Gewissen zu Rathe zu ziehen, weil dessen Honorar ihnen zu groß erschien. Dagegen wurden sie geneigt, den Einflüsterungen verschiedener dunklen Existenzen Gehör zu geben, die sich als „Armenadvocaten“ etablierten, häufig ohne eine Gymnasialbildung, ja sogar eine nothdürftige Kreis-schulbildung genossen zu haben. Sie ließen sich im voraus eine kleine Zahlung geben, d. h. eine solche, die im Verhältnis zu dem ordnungsmäßigen Advocatenhonorar als klein erschien. Dann versuchten sie in den unteren Instanzen oder beim Friedensrichter die Rechtsache ihres Klienten durchzubringen. Wurde der Handel ausgefochten, dann fiel möglicher Weise noch etwas für sie ab; gelang der Streithandel nicht — dann hatten sie ihr Honorar schon eingesackt.

Diesen Winkeladvocaten kommt es natürlich sehr viel darauf an, daß immer genug Streithandel vorhanden waren: sie bliesen jegliches Vorkommnis, was in ihren Bereich kam, gern zu einem Rechtsandel auf und verheßten die Bauern und andere arme Leute zu Prozessen, wo kein genügender Grund dazu vorlag. Es ist vorgekommen, daß die Leute die Bildungslosigkeit der Klienten so weit mißbrauchten, sich bis auf den halben Werth der Streitsache versprechen zu lassen, ehe sie eine Klage anstellten. Die Regierung sowohl als auch die ordentlichen Advocaten haben diese Uebelstände schwer empfunden und auf eine Abhilfe gesonnen. Die Regierung beschloß, einem Gerüchte zufolge, die Zulassung zur advocatorischen Vertretung zu erschweren und unter allen Umständen vor Ertheilung der Concession den Nachweis von wenigstens einer vollendeten Gymnasialbildung zu verlangen. Die Advocaten der Residenzstädte projectieren die Niederlegung einer permanenten Consultation. Eine Anzahl juristisch gebildeter Männer soll abwechselnd armen Leuten unentgeltlich Rath erteilen, um sie der Gefahr zu überheben, von unwissenden Schwindlern ausgebeutet zu werden.

Nein.

Das Gold ist todt — ihm aber erblühte warmes, klopfendes Leben.

Er hatte keine Ahnung von den Wetterwolken, die sich in der Heimat drohend zusammenballten, er sah aus der Gegenwart in die sonnenhell beleuchtete Zukunft und vermuthete eher alles andere, als einen Wetterstrahl aus heiterem Himmel, und doch sollte ihn ein Schlag furchtbar treffen.

Er erhielt einen anonymen Brief, der ihn benachrichtigte, was aus Eva geworden war. Antonie, so hieß es in dem Schreiben, sollte das Schicksal ihrer Freundin theilen.

Antonie, seine Antonie, sollte für ihn verloren und Eva, die liebliche Eva, sollte dem reinen Engel mit einem schlechten Beispiele vorangegangen sein?

Nein, nein, das war nicht möglich, das waren Lügen, das mußten Lügen sein.

Er las den Brief wiederholt durch und mit jedem male wurde ihm ängstlicher zu Muthe.

Konnte ein Blatt Papier so lügen?

Wenn etwas wahres daran wäre, auch nur ein Fünkchen. Was dann? Georg rieselte kalter Schweiß von der Stirn und mühsam athmend hob und senkte sich die starke Mannesbrust, als wenn eine schwere, schwere Last darauf ruhte.

Er knitterte den Brief zusammen, warf denselben in einen Winkel und sank dann in einen Stuhl.

(Fortsetzung folgt.)

Er malte an einem größeren Bilde, das in seiner Vaterstadt ausgestellt werden sollte. Mit diesem Bilde wollte er sich introducieren.

Niemand bekam das Bild zu sehen, er arbeitete bei verschlossenen Thüren und ließ keinen Menschen hinein.

Auf dieses Bild setzte er seine ganze Hoffnung. Keiner konnte loben oder tadeln, ehe es fertig, und somit auf sein Arbeiten einen Einfluß ausüben.

Fand dieses Bild Anklang und Gnade vor den Kunststrichtern, so wußte er, daß er schaffen konnte, daß er ein Künstler sei.

Im ganzen lebte er zurückgezogen. Wohl sah manches schöne Auge verlangend nach dem Maler aus, der mit den dunklen Glutaugen die Welt in sich aufzulösen schien, aber Georg besaß gegen alle Versuchungen ein Palladium — Antonie.

Der Briefwechsel mit seiner Geliebten war der Pulsschlag seines Daseins, und wie in diesen Briefen die innere Schönheit Antoniens in Wort und Gedanken immer prachtvoller und größer sich entfaltete, um so mehr schwoll ihm die Brust vor Entzücken.

Wohl zog das Zerwürfniß mit dem Vater ihm wie ein dunkler Schatten durch die Freuden, mit denen seine Liebe und seine Fortschritte ihm das Dasein vergoldeten, allein er hoffte im stillen dennoch auf Versöhnung. Er dachte, daß sobald er sich eine ehrenvolle Stellung in der Kunstwelt errungen, der Vater, sein Unrecht einsehend, das harte Wort zurücknehmen würde.

Georg sehnte sich nach der Stunde der Ausöhnung, die nach seiner Meinung kommen mußte, weil er sein

Die Verwirklichung dieser Idee würde noch manchen anderen Vortheil noch sich ziehen: es würden z. B. die jetzt überbürdeten Friedensrichter manche unbegründete Rechtsfälle weniger zu schlichten bekommen, weil die juristischen Consultanten den Rathsuchenden über die Zweckmäßigkeit seiner Angelegenheit aufklären dürften. Beide Fragen, sowohl die Einschränkung in der Zulassung zur Advocatenpraxis wie auch die Errichtung der permanenten Consultation, dürften bald zur Entscheidung kommen und ihrer Verwirklichung entgegengehen."

Ueber die Klosterfrage in Rom

läßt sich der Correspondent der „R. Ztg.“ vernehmen, wie folgt:

Die römischen Regierungsorgane beginnen bereits ihre Sprache dahin zu ändern, daß sie statt von einer bevorstehenden Umwandlung der Güter der religiösen Körperschaften, von der Auflösung der geistlichen Orden sprechen und die öffentliche Meinung auf die Natur und Tragweite dieser Maßregel aufmerksam machen. So weit es nun möglich ist, diese verworrene Frage zu klären, scheinen folgende Gesichtspunkte als die wesentlichsten Geltung erlangen zu wollen. Die religiösen Körperschaften werden vom italienischen Staate nicht länger als moralische Körper anerkannt und besitzen als solche keine Rechtsansprüche mehr. Niemand kann Staatsbürger verhindern, in besonderen Gebäuden in Gesellschaft zu leben, allein nur unter dem freien Zutritte der Behörden und unter Befolgung der polizeilichen Vorschriften. Die gegenwärtigen Klostergebäude und der Grundbesitz so wie andere Renten der Klöster fallen dem Staate anheim, welcher dieselben veräußert und deren Erlös in Staatsrenten anlegt. Den gegenwärtigen Mitgliedern der geistlichen Orden wird eine Rente auf Lebenszeit angewiesen. Nun stellt sich heraus, daß der wahrscheinliche Erlös, welcher dem Staate aus der Veräußerung sämtlicher Güter der todtten Hand zufließen wird, gegenwärtig gerade nur genügen wird, um die zahlreichen Klosterinsassen mit einer lebenslänglichen Rente von einer Lira täglich zu versorgen. Dem Staate fließt somit in finanzieller Hinsicht zur Stunde kein Vortheil zu, wohl aber stufenweise mit dem Aussterben der gegenwärtigen Ordensmitglieder. Jedoch sind die Hindernisse, welche der ökonomischen Entwicklung Roms aus dem Wege geräumt werden, allsofort von der größten Bedeutung und von namhaftem indirecten Vortheile für den Staat. So weit zu gehen, scheint man im Ministerium entschlossen. Allein nun kommen ferner die Generalate aller religiösen Orden, welche in Rom ihre Häuser besitzen und von welchen der Papst behauptet, daß sie ihm zur Ausübung seines geistlichen Amtes unentbehrlich seien. Wird man für dieselben eine Ausnahme machen oder nicht, das ist nun die Frage, über deren Beantwortung das Ministerium durchaus nicht einig ist. Fällt man den Wald, um ein Feld urbar zu machen, so müssen auch die Wurzeln heraus, meinen die einen und weisen die Generalate an, in dem 11.000 Zimmer enthaltenden Vatican und in dem gänzlich leerstehenden Palast von San Giovanni in Laterano ein für den Papst um so vortheilhafteres Unterkommen zu finden, als Seine Heiligkeit deren Generalate in unmittelbarer Nähe und ihre Festung so wie ihren Bestand um so wirksamer zur Verfügung hätte. Die anderen möchten für die Generalate eine Ausnahme machen und denselben in ihren gegenwärtigen klösterlichen Einfriedungen einige Zimmer belassen, obgleich die anderen Räume der Klöster zu ganz verschiedenen Zwecken benutzt werden müßten. Was ferner die Klöster anbelangt, die fremden Nationen angehören und unter dem Schutze der verschiedenen katholischen Botschaften stehen, so würden sich ihre gegenwärtigen Insassen bequem müssen, in deren respective Heimat abzureisen. Man behauptet nun, daß man im Vatican obwarde, welches Schicksal das Gesetz über die Auflösung der religiösen Körperschaften im Parlamente haben werde und in welchem der oben angeführten Pläne daselbe zu Stande kommt, um sich über das fernere Bleiben des Papstes in Rom zu entscheiden. Die französische Botschaft thut ihr Möglichstes, um sich einerseits dem bevorstehenden Gesetze entgegenzustimmen und andererseits dem Papste Schutz zuzusichern. Der Correspondent glaubt versichern zu können, daß Pius IX., auch wenn das Gesetz gegen die Klöster im strengsten Sinne durchgeführt wird, den Vatican nicht mehr verlassen wird.

Politische Uebersicht.

Katbach, 18. Oktober.

„Bester Floß“ erfährt, daß in den letzten Tagen wiederholt Conferenzen zwischen Auerberg, Lasser, de Pretis und den deutsch-böhmischen Delegierten, hauptsächlich mit Dr. Herbst stattgefunden haben. Zweck der Conferenzen war die Verständigung über die Regierungsvorlagen an den böhmischen Landtag, unter welchen sich auch eine Vorlage, bezweckend die Aenderung der Landtags-Wahlordnung, befindet.

Von Seite mehrerer Abgeordneter wird im preussischen Landtage der Antrag auf Uebertragung des

die Reichsverwaltung und diesfällige Initiative des preussischen Staatsministeriums eingebracht werden.

Der mecklenburgische Landtag wurde auf den 13. November nach Malchin berufen und unter den angekündigten Regierungsvorlagen befindet sich nach der ordentlichen und außerordentlichen Contributions-Forderung als drittes Stück die „Modification der bestehenden Landesverfassung.“

Die „Franz. Corr.“ erfährt, daß der Präsident der französischen Republik Ende dieser oder anfangs der nächsten Woche nach Versailles zurückkehren werde. Die „Indep. belge“ will wissen, daß er mit der Ausarbeitung einer Botschaft an die Nationalversammlung beschäftigt ist. — Die Räumung der Departements Marne und Haute-Marne hat am Dienstag begonnen. Wie der „Bien Public“ meldet, hat am genannten Tage das 49. preussische Infanterie-Regiment Saint-Dizier verlassen und sich nach Epinal begeben. Der Abmarsch gab zu keiner Demonstration Anlaß.

Die „Times“ meldet in einer Depesche aus Paris, daß einflussreiche Mitglieder des linken Centrums eine Verständigung mit dem rechten Centrum herbeizuführen suchen, um eine Majorität zu bilden, auf welche die Regierung zählen könne.

Die niederländische zweite Kammer beschäftigt sich mit einem Gesetzentwurf behufs der Reform schutzölonerischer, in den indischen Colonien noch in Kraft stehender Zolltarife; durch Annahme des Entwurfes würden die Differentialzölle abgeschafft und an ihrer Stelle fiscalische, sechs Percente vom Werthe betragende Zölle eingeführt werden. Gegen den Entwurf erhoben sich namentlich die Abgeordneten einiger industriellen Bezirke, welche die fremde Concurrenz auf dem indischen Markte fürchten.

Die Judenverfolgungen in Rumänien haben zu einem Notenwechsel zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich geführt. Unterm 9ten August d. J. schrieb der amerikanische Gesandte in Paris an den französischen Minister des Aßern, die Washingtoner Regierung empfinde eine tiefe Sympathie für die so unmenschlich behandelten rumänischen Juden, weshalb sie Frankreich einlade, einen gemeinsamen Schritt in Bukarest zu thun. Minister Rémusat antwortete unterm 30. August, die französische Regierung sei hierzu bereit, habe übrigens in Bukarest schon einige Vorstellungen gemacht.

Der spanische Congress hat nach einer glänzenden Rede Zorillas die Adresse mit 205 gegen 68 Stimmen der Republikaner und Alfonsisten angenommen. Die Liberal-Conservativen enthielten sich der Abstimmung.

Das cubanische Budget weist ein Deficit von 13 Millionen Dollars auf. Man beantragt eine Steuer auf Sklaven und verschiedene Colonialgüter. Die Zölle werden keine Veränderung erfahren.

Die Mexicaner haben die in Texas geraubten Güter zurückgestellt und überdies versprochen, die Urheber der an der Grenze verübten Verbrechen auszuliefern.

In Salvador, Republik Peru, wurde am 7. September Don Manuel Mendez, der Minister des öffentlichen Unterrichts und Vice-Präsident der Republik, ermordet. Das Ereignis wurde als ein nationales Unglück angesehen und die Regierung von Salvador legte eine neuntägige Trauer an.

Tagesneuigkeiten.

— (Wien) zählt nach der letzten Aufnahme vom 15. d. 900.100 Einwohner.

— (Für die Verunglückten in Böhmen) sind beim wiener Hilfscomité bis 16. d. 499.066 fl. eingegangen.

— (Einsturz.) Am 14. d. ist in Nied-Oberösterreich — der vier Klaster breite Mitteltract des im Bau befindlichen Gymnasiums vom Dache bis zur Erde eingestürzt. So viel bis nun bekannt, wurden hiebei fünf Personen verwundet, von welchen eine bereits todt ist, während man bei zwei anderen wenig Hoffnung hat, daß sie am Leben erhalten werden.

— (Schwergewichtiges Hochwild.) Seit einigen Tagen langen in Prag aus Kadauz in der Butozina Hirsche im Gewichte von 4 bis 5 Centnern an, welche in den dortigen Revieren von Cavalieren, unter denen sich auch Prinz Louis Rohan befindet, abgeschossen wurden.

— (Eine neue Actiengesellschaft) hat sich zur Bildung einer Kaltwasser-Heilanstalt in Eggenberg, eine halbe Stunde von der Stadt Graz entfernt, gebildet. Der Verwaltungsrath besteht aus den Herren: Graf Wetter v. d. Pille, Karl Hannemann, Gustav Bachmeister, Josef Kinzl und Johann Ling. Die Anstalt soll schon im nächsten Jahre eröffnet werden, und es beginnt schon demnächst der Bau des Kurhauses.

— (Vorsichtsmaßregeln.) Wegen der in Ungarn so stark um sich greifenden Viehseuche wird dem Vernehmen nach an der steirisch-ungarischen Grenze ein Cordon gezogen, zu welchem Behufe die Urlauber des 27. Infanterieregimentes einberufen werden sollen.

Zur Beseitigung des Bettel- und Bagabundenwesens.

Die Klagen über Ueberhandnahme des Bettel- und Bagabundenwesens, insbesondere in den Gemeinden des flachen Landes, werden immer häufiger; können ja wir die leider höchst unangenehme Thatsache constatieren, daß wir auf unseren Ausflügen nach Schischla, Rosenbach u. s. w. in Distanzen von zehn zu zehn Currentklastern von Gewohnheitsbettelern und arbeitsscheuen Bagabunden, die überdies körperliche Gebrechen und keineswegs elegante Toilette zur Schau tragen, belästigt werden. Die Vermehrung der Gendarmereiposten und deren Mannschaft, die Errichtung von Zwangsarbeitshäusern, die Abschiebung der Bettler und Bagabunden haben sich bisher als nicht ausreichende Mittel zur Beseitigung des Bettel- und Bagabundenwesens erwiesen. Es müssen andere Mittel, neue Mittel zur Beseitigung dieser Landplage auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Als ein einfaches und probates Mittel bezeichnet eine mit „A. v. M.“ signierte Stimme in der „Gemeindezeitung“ die Organisirung einer freiwilligen Polizei in den Ortshofen des flachen Landes, die sich aus Mitgliedern der Gemeinde constituirt. Die Gemeinde ist in erster Linie berufen, sich die Landplage vom Halse zu schaffen.

Hören wir die erwähnte Stimme, sie läßt sich vernehmen wie folgt:

Jetzt, wo der Entwicklung des freien Gemeinbewesens gar kein Hindernis entgegensteht, jetzt kann auch die Gemeinde die Sicherheitszustände in energische Hände nehmen und selbst den Anfang zur Beseitigung alter Erbübels machen. Treten nun in einem Orte, der z. B. nur fünfzig Hausnummern zählt und nur achtzig Männer aufzuweisen hat, circa fünfzehn bis zwanzig kräftige Bauernsöhne, die selbst einmal Besitzer des väterlichen Grundes werden, zusammen zu einer freiwilligen Ortspolizei, lassen sich als solche einschreiben, so können diese gar bald instruiert und nach Art der freiwilligen Feuerwehren exerciert sein und dann den Sicherheitsdienst in proxi ausüben. Abwechselnd durch irgend ein nicht auffallendes Abzeichen kenntlich gemacht, könnten sie die Patronillengänge machen, verdächtiges Gesindel anhalten und zur Haft bringen. Ihre Zahl und Autorität würde den Strolchen imponieren, die, wenn in jedem Orte eine solche freiwillige Polizei vorhanden ist, gar bald aufhören würden, Landplagen zu sein, sondern sich zur Arbeit und zu einem redlichen Erwerb bequemen müßten. Wie würde sich bei solcher Einrichtung die Zahl der Diebstähle vermindern, gefährliche Drohungen, Raubanfänge und Excesse sich mindern. Während jetzt ein Mensch, der überdies noch Gemeindevote, Briefträger, Hochzeitsbitter, Wächter und noch sonst gar manches ist, ein ganzes Dorf oder einer Marktstrecke als Polizei zu überwachen hat, würden fünfzehn oder mehr diese Aufgabe übernehmen. Der Hauptvortheil an dem ganzen Institute ist die gänzliche Kostenlosigkeit; denn während jede Art Polizei Unsummen verschlingt, kostet eine freiwillige Polizei der Gemeinde gar nichts, denn die Mitglieder übernehmen die Pflichten freiwillig, sehen dies als ein Ehrenamt an, wenn sie die Sicherheit nicht nur ihres Besitzes, sondern des aller Mitglieder der Gemeinde besorgen.

Den Mitgliedern einer solchen freiwilligen Polizei, die sich ihren Commandanten selber wählt, und die im übrigen der Orts-Repräsentanz unterstehen, würden vom Staate im allgemeinen jene Rechte zuzugestehen sein, welche den Executiv-Organen, überhaupt den Sturmwächtern, Gemeindevotern in Bezug auf gesetzliche Autorität gesetzlich verbürgt sind. Waffen wären nicht notwendig, denn die große Anzahl dieser Orts-Polizeien würde ohne Waffen einen gefährlichen oder widergesetzlichen Strolch sicher bändigen können. Eine leicht solche Instruction, allensfallige Auszeichnungen würden dem ganzen Corps jene Festigkeit und Verständnis geben, die zum öffentlichen Sicherheitsdienst unumgänglich notwendig wären. Die Mitglieder dieser Polizei könnten ruhig ihrer Beschäftigung nachgehen im bürgerlichen Leben und nur abwechselnd Patronillengänge unternehmen. An freien Tagen könnten größere Streifungen nach verdächtigem Gesindel und als Uebung unternommen werden. Geschieht aber ein Feuer, ein Diebstahl oder ein Exceß, da hätten sie so recht eigentlich das Feld ihrer gemeinnützigen Thätigkeit zu suchen. Vereint würden dann bei solchen Gelegenheiten die freiwilligen Constabler einschreiten, die Neugierigen von der Unglücks- oder Brandstätte abhalten, die Bergung der geretteten Gegenstände, die Ueberwachung und die ersten Rettungsversuche anstellen, sie hätten für die Ordnung bei Versammlungen, Kirchtagen zc. zu sorgen, bei Diebstählen und überhaupt Verbrechen bei ihrer Ortskenntnis die ersten Recherchen zu pflegen und bei Excessen energisch einzuschreiten. Ihre Hauptaufgabe aber wäre das Landstreicherthum hintanzuhalten. Jeder solcher freiwillige Constabler hätte das Recht, den bettelnden Strolch oder Bagabunden um seine Papiere zu fragen und im Falle der Ausweislosigkeit zum Verhaft zu bringen. Ferners, wo das Betteln überhaupt verboten ist, wären solche Tagelöhne auf der Stelle zu arrelieren und abzuschicken, wo dann eine freiwillige Orts-Polizei es an die andere thun kann. Dies wäre so in kurzem etwas über die Wirksamkeit dieser gemeinnützigen Institution, die allein im Stande wäre, ausreichenden Sicherheitsdienst zu verrichten.

Ihre Abzeichen könnten in einer Armbinde mit den Ortsnamen und einer Nummer oder einem Käppi bestehen; ein derber Knotenstock würde eine Bewaffnung ersetzen.

Ich beabsichtige mit diesen Zeilen nur die Gemeinde selbst, das Publicum, wie unsere Abgeordneten, die stets für das Volkswohl und vor allem für unsere keineswegs blühenden Sicherheitszustände ein offenes Ohr haben, zu bestimmen, auch eine Institution einzuführen, die bereits in England und Amerika praktisch erprobt, hierzulande bei keinerlei Kosten oder Nichtopportunitäts-Gründen sich eben so leicht und rasch wie das Institut der freiwilligen Feuerwehr einbürgern kann und soll.

Wer immer aber für das Volkswohl ein Herz hat und geordnete und gesicherte Zustände, eine Verminderung oder gänzliche Aufhebung des Bagabundenwesens und damit eine solche der öffentlichen Unsicherheit wünscht, der möge gleich mit seine Stimme erheben, um eine Institution, die so gemeinnützig und notwendig ist, populär zu machen. Mögen diese Zeilen meinen Wunsch erfüllen und allenthalben nur den Gedanken zu einer solchen freiwilligen Orts-Polizei anregen, die dann schon von selbst, nachdem der Bann der Neuheit gebrochen, rasch entstehen und verallgemeinert werden wird, wie das so manche andere gemeinnützige Institution geworden ist, so habe ich mit diesem Aufsatz schon meinen Zweck erfüllt."

(Aus dem Vereinsleben.) Die gestrige Versammlung des constitutionellen Vereines war gut besucht. Der Vereinspräsident Herr Dr. Suppan constatierte die Befriedigung des Vereines über die erfolgte Ernennung zweier Vereinsmitglieder zu hohen Landesposten, namentlich jene des Herrn Pirker zum Volksschul-Inspector und jene des Herrn Dr. v. Kaltenegger zum Landeshauptmann. Die bekannte eifrige und verfassungstreue Thätigkeit Pirkers wird für das krainische Volksschul-Wesen von gutem Erfolge begleitet sein, und der Name „Kaltenegger“ ist an und für sich schon ein Programm; er hat jederzeit für die Principien des Rechtes und der Verfassung gekämpft; er wird auch für das Wohl des Landes Krain thätig sein. (Beifall.) Landeschulrath Pirker dankt für die freundliche Begrüßung und erklärt, dem Banner der Verfassung und des Fortschrittes jederzeit zu folgen. (Beifall.) — Zur Tagesordnung übergehend ergreift Reg. Rath Herr Paschan das Wort; er beleuchtet die Nothwendigkeit der Herstellung einer unierkrainer Eisenbahn aus wirtschaftlichen Motiven mit der Trace Weichselburg-Treffen-Rudolfswerth, eventuell bei Führung einer anderen Linie beziehungsweise beim Austritte aus dem oberen Gurktale, die Berührung des in wirtschaftlicher Beziehung wichtigen Punktes Rudolfswerth. Der constitutionelle Verein beschließt ohne Debatte die Fassung und Ueberreichung einer Resolution nach diesem Antrage an die beiden Häuser des Reichsrathes und an das k. und k. österreichische Handelsministerium.

Dr. Suppan spricht über die Wahlreformfrage; er betont, daß die Verfassungspartei nicht in allen Fällen die Action der Ministerien stützen könne. Der Redner beleuchtet die Wahlreform-Projekte des Dr. Herbst und Knoll. Ueber Antrag des Herrn Redners nimmt der Verein folgende Resolution an: Der constitutionelle Verein erkennt bei Durchführung der directen Wahlen für das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes die Einhaltung folgender Grundsätze für notwendig, daß: 1. die bisherige Zahl der Abgeordneten verdoppelt, 2. bei Beibehaltung des jetzigen Gruppensystems die bisherige Zahl der Abgeordneten aus dem Großgrundbesitze und der Handelskammer nicht vermehrt, 3. die übrige Zahl der Abgeordneten nach dem Durchschnitte der nach der Bevölkerung und der nach der Vorschreibung der directen Steuern entfallenden Anzahl Abgeordneten auf die einzelnen Länder vertheilt, und 4. daß bei der weiteren Vertheilung der hier-

nach auf jedes einzelne Land entfallenden Abgeordneten auf die Städte und Landgemeinden das bisherige Verhältnis der Abgeordneten jedes einzelnen Landes aus der Curie der Städte zu jenen aus der Curie der Landgemeinden beibehalten werde. — Der dritte Punkt der Tagesordnung wurde wegen der in dem Versammlungslocale eingetretenen Kälte verjagt.

(Lotterie der philharmonischen Gesellschaft.) Wir haben wieder recht namhafte Geschenke zu verzeichnen. Herr Fidelis Terpinz spendete einen Betrag von 50 fl., Herr Valentin Pleweis in Wien sandte ein prachtvolles Delgemälde „Stilleben“ von A. Schäffer, im Werthe von 150 fl. Eine kostbare Gabe langte auch vom Hrn. Hofklavierfabrikanten Streicher in Wien ein, welcher der Gesellschaft das Originalmanuscript der F-Dur-Sonate von Mozart widmete.

(Pfarrer Matija Majar) wird, wie der „Besebnik“ ankündigt, ein gesamtstavisches Blatt herausgeben, welches zur Hälfte mit cirrillischen, zur Hälfte mit lateinischen Wörtern gedruckt sein wird. Das Blatt erscheint 10 mal jährlich in der Druckerei des Mohordevines in Klagenfurt.

(St. Peter-Fiume-Bahnstrecke.) Die andauernden Regengüsse haben die begründete Besorgnis wachgerufen, daß die Bahnverwaltung der Strecke St. Peter-Fiume, deren Eröffnung im künftigen Monat entgegen gesehen wurde, ihr Programm nicht einzuhalten vermögen wird. Es sollen nämlich zur Vollendung noch 26 Arbeitstage erforderlich sein. Da nun in der gegenwärtigen Jahreszeit auf dauernd günstige Witterung nicht zu rechnen ist, so dürften die fehlenden Arbeitstage auch noch einige Monate in Anspruch nehmen.

(Zur Predilfrage.) Am 11. d. fand in Triest zwischen dem Präsidenten der Handelskammer N. v. Parente und den Kammermitgliedern Dr. Levy und Teusch einerseits und den Herren Tanzi, Rieter und Volpi als Vertretern des venetianischen Eisenbahncorpus andererseits eine längere Besprechung statt, wobei erstere den von der kändigen Eisenbahncommission der Kammer befürworteten und von dieser selbst in ihrer letzten Sitzung genehmigten abwartenden Standpunkt — im Hinblick auf die hoffentlich bald eintretende definitive Entscheidung der Predilfrage — aufrecht erhielten und näher begründeten. Namentlich hob Herr Teusch hervor, daß der Predil als Verbindung der Rudolfsbahn mit dem Meere auf österreichischem Gebiet diejenige Linie sei, welche als Regierungsproject dem Reichsrathe vorgelegt ist und die nach den wiederholten Beschlüssen der Kammer als die zweckmäßigste Bahnanlage für die Handelsinteressen der Stadt zu betrachten sei. Die Kammer könne in dieser ihrer Ansicht auch heute angeichts des Balsugana-Projectes nicht schwanken werden, und wie ihr letzter Beschluß zeigt, vor Entscheidung über den Predil keine andere Meinung aussprechen, als daß die vom venetianischen Comite projectierte Linie nach Triest zur Ergänzung des Eisenbahnnetzes gewiß alle Beachtung verdient.

(Aus dem Amtsblatte.) Kundmachungen betreffend die 1. Verpachtung mehrerer Aer. Weg- und Brückenmauthen in Kärnten; 2 die Einstellung der Viehmärkte in Seisenberg und Neudegg.

(Theater.) Das bekannte Charakterbild „Mönch und Soldat“ von F. Kaiser ging gestern bei nur schwach besetztem Hause über die Bretter. Unser Theaterreferent ist — unter den Fittigen des österreichischen Aars stehend — gewohnt, mit Glacéhandschuhen moderat sachmännische Kritik zu üben; ihm geziemt es nicht, mit Dreckschlegeln dreinzuschlagen, wie es seinem Herrn Collegen vom „Tagblatt“ so meisterhaft gelingt. Wir constatieren, daß die Vorstellung gut klappte und die Leistungen der Darsteller, im allgemeinen beurtheilt, befriedigten. Herr Aufim (Hieronymus) überraschte uns mit einem Couplet, worin die auf Laibach bezugnehmende Strophe durch einen vielleicht vom Souffleurkasten näher aufzuklärenden Verstoß

ihre zündende Wirkung versagte; Herr Director Kockly (Egydius) präsenzierte sich als eminenten Charakter-Darsteller.

Neueste Post.

Wien, 18. Oktober. Ihre Majestät die Kaiserin sind gestern vormittags 10 Uhr mit Ihren kaiserlichen Hoheiten den durchlauchtigsten Frauen Erzherzoginnen Gisela und Marie Valerie mittelst Separatzuges von hier nach Ofen abgereist.

Auf Allerhöchste Anordnung wird für weiland Sr. kön. Hoheit Prinzen Albrecht von Preußen die Hoftrauer von heute angefangen, durch zehn Tage, zugleich mit der für weiland Ihrer kais. Hoheit die durchlauchtigste Erzherzogin Sophie bestehenden Hoftrauer getragen.

Best, 17. Oktober. Erzherzog Heinrich wurde heute vom Kaiser in herzlichster Weise empfangen, hatte dann eine Besprechung mit Andrassy und nahm an der Hofstafel theil.

Telegraphischer Wechselkurs vom 18. Oktober.

Papier-Rente 65.15. — Silber-Rente 70.85. — 1860er Staats-Anlehen 102.50. — Bank-Actien 943. — Credit Actien 333. — London 108.40. — Silber 107.25. — R. t. Münz-Ducaten 5.21. — Napoleonsd'or 8.70

Das Postdampfschiff „Saxonia“, Capitän Brandt, welches am 14. September von Hamburg abgegangen, ist am 12. Oktober wohlbehalten in New-Orleans angekommen.

Verstorbene.

Den 11. Oktober. Dem Herrn Josef Polz, Lederfabrik-Betriebsführer, sein Kind männlichen Geschlechts, nothgetauft, in der Stadt Nr. 44 todtgeboren. — Vincenz Biroda, Lederergeselle, alt 86 Jahre, im Civilspital an der Lungentuberculose.

Den 13. Oktober. Dem Herrn Martin Lambert, Greisler, sein Kind Rudolf, alt 7 Monate, in der Polanavorstadt Nr. 61 an der Ruhr. — Apollonia Pirnat, Inwohnerin, alt 52 Jahre, im Civilspital an Pneumonia.

Den 14. Oktober. Der Maria Topolove, Private, ihr Kind Franziska, alt 7 Monate, in der Gradischavorstadt Nr. 2 an Krämpfen.

Den 16. Oktober. Margaretha Zrimsek, Inwohnerin, alt 67 Jahre, im Civilspital an der Gekochtheit. — Maria Martik, Inwohnerin, alt 67 Jahre, und Anna, Pflösch, Inwohnerin, alt 66 Jahre, beide im Civilspital an der Wasserkochtheit.

Angekommene Fremde.

Am 17. Oktober.

Montefant. Gallusig und Korastat, Triest. — Eisenkopf, k. k. Hauptmann, Klagenfurt. — Kobiz, Radmannsdorf. — Liebermann, Sanktby Ujlat. — Maricil, Prezd. — Sooboda, Neuzrad. — Braune und Vlesar, Wien. — Popp und Leschun, Graz. — Stadt Wien. Schwitz und Brüll, Kaufleute, Wien. — Effenberger, Kaufm., München. — Hotel Europa. Mico, Privat, Dalmatien. — Bobloger, Privat, Krainburg. — Mohren. Stubiz, Tuffer. — Kolleritsch, Weinhändler, Agram.

Theater.

Heute: Leichte Cavalerie. Komische Operette in 2 Acten von C. Costa Musik von F. v. Suppé. Diesem geht vor: Die Eifersüchtigen. Lustspiel in einem Act von Dr. Roderich Benedix.

Morgen: Slowenische Vorstellung.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Datum, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reduziert, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Richtung des Windes, Niederschlag in Millimetern. Data for Oct 18.

Morgennebel, tagüber meist dünn bewölkt. Abends Höhenbunzl. Mondhof. Das Tagesmittel der Wärme + 10.9°, um 0.2° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht.

Wien, 17. Oktober. Die Börse nahm einen Anlauf zur Hauffe, erlahmte aber bald, und nur wenige Papiere vermochten sich auf der gewonnenen Höhe zu behaupten. Für diese Bewegung einzig maßgebend war die Vertheuerung des Geldstandes und die Schwierigkeit der Prolongation. Auch Devisencurse gingen aus gleicher Ursache zurück.

Large financial table with multiple columns: Allgemeine Staatsschuld, Wiener Communalanlehen, Franz-Josephs-Bahn, Lombard- und Sardinien-Bahn, etc. Includes exchange rates and interest data.